

Muster 10

- Anordnung der vorläufigen Dienstenthebung und Einbehaltung der Dienstbezüge -

Dienststelle
- Der Dienstvorgesetzte-¹⁾
Geschäftszeichen

Ort, Datum
Bearbeiter:
Durchwahl:

-Vertrauliche Personalsache-

Gegen Zustellungsnachweis²⁾
Herrn Amtsbezeichnung
Vor-, Zuname
Anschrift

Bezug: Einleitungsverfügung vom ... (Datum)

Vorläufige Dienstenthebung und Einbehaltung der Dienstbezüge³⁾

Ich enthebe Sie gemäß § 38 Abs. 1 Bundesdisziplinargesetz (BDG) vorläufig des Dienstes und ordne die Einbehaltung von ... % Ihrer Dienstbezüge gemäß § 38 Abs. 2 BDG an.

Zu dieser/n Maßnahme/n habe ich Sie am ... (Datum) angehört.

Begründung:

Am ... habe ich gegen Sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil Sie in dem zureichenden Verdacht stehen, Ihre Pflicht zu ... (Aufzählung der verletzten Dienstpflichten) verletzt und damit ein inner- bzw. außerdienstliches Dienstvergehen i.S.d. § 77 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz (BBG) begangen zu haben, indem Sie ... (Darstellung des Sachverhalts, konkreter Tatvorwurf als Sachverhaltsdarstellung).

Ich ordne Ihre vorläufige Dienstenthebung an; dies ist erforderlich, weil ... (Ermessensentscheidung⁴⁾).

Während der vorläufigen Dienstenthebung ist Ihnen untersagt:⁵⁾

- eine Waffe zu tragen
- Dienstkleidung zu tragen.
- Ihre Dienststelle zu betreten.

- Ihre Dienstmarke/Ihr Dienstaussweis wird/werden eingezogen.

Darüberhinaus weise ich Sie auf nachfolgende beamten- und besoldungsrechtlichen Konsequenzen hin:

Sie sind verpflichtet weiterhin dienstlichen Anordnungen nachzukommen und sich jederzeit dienstbereit zu halten.

Muster 10

Falls Sie während der Dauer Ihrer vorläufigen Dienstenthebung die Ausübung einer Nebentätigkeit beabsichtigten, haben Sie die Regelungen der §§ 99 und 100 BBG zu beachten. Im Falle der Ausübung einer Nebentätigkeit sind Sie verpflichtet Ihr Einkommen daraus mitzuteilen. Dies gilt im Übrigen für jede wesentliche Änderung Ihrer Einkommensverhältnisse.

Für die Dauer der vorläufigen Dienstenthebung verbleiben Sie in ihrer bisherigen Erfahrungsstufe gem. § 27 Abs. 10 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG). Weiterhin entfällt der Anspruch auf etwaige Zulagen⁶⁾ (z.B. Polizeizulage nach § 42 BBesG).

() Ich werde die Schwerbehindertenvertretung gemäß § 95 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch über die vorläufige Dienstenthebung unterrichten. Sollten Sie die Beteiligung Schwerbehindertenvertretung nicht wünschen, teilen Sie mir dies innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung dieser Verfügung schriftlich mit, andernfalls gehe ich von Ihrem Einverständnis aus.

Gleichzeitig behalte ich ...% von Ihren monatlichen Dienstbezügen⁷⁾ ein, weil ...⁸⁾.

Im Rahmen meiner pflichtgemäßen Ermessensausübung ist die Einbehaltung von ...% Ihrer Dienstbezüge⁷⁾ sachgerecht. Dabei habe ich insbesondere Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt bzw. bin aufgrund Ihrer fehlenden Mitwirkung bei der Ermittlung Ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse von geordneten Verhältnissen ausgegangen. Ihre Angaben in der Anhörung vermögen Sie nicht zu entlasten (ggf. mit Begründung). Bei der Berechnung wurden nachfolgende Positionen nicht berücksichtigt, weil ... (vgl. TOP 7.2. des dritten Ergebnisprotokolls).

Es verbleibt/en Ihnen und ggf. Ihrer Familie ein monatlicher Betrag von ... €.

Damit besteht zum hypothetischen Anspruch auf Regelleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ein hinreichender Abstand, in Ihrem Fall ... €. Der verbleibende Betrag ermöglicht Ihnen somit eine angemessene Lebensführung und ist nicht Existenz gefährdend, wobei Einschränkungen hinzunehmen sind (BVerwG, Beschluss vom 21. Mai 2001, Az.1 DB 8/00).

Ihre vorläufige Dienstenthebung wird mit der Zustellung dieser Verfügung, die teilweise Einbehaltung der Dienstbezüge mit dem auf die Zustellung folgenden Fälligkeitstag wirksam und sofort vollziehbar (§ 39 Abs. 1 BDG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von Dienstbezügen kann gemäß § 63 BDG die Aussetzung beim Verwaltungsgericht^{9) 10)} schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beantragt werden.

Wenn Sie einen Bevollmächtigten bestellen, gilt sein Verschulden an der Versäumnis einer Frist als Ihr eigenes Verschulden.

Unterschrift¹⁾

Muster 10

Anmerkungen:

- 1) Dienstvorgesetzter gem. Anordnung zur Durchführung des BDG für die BFV Abschnitt I. Nr. 1 bis 8 - mit Angabe der Dienststelle;
- 2) Anschrift des Beamten;
Hat der Beamte einen Bevollmächtigten bestellt, ist die Zustellung an diesen zu richten (§ 7 Abs. 1 Satz 2 VwZG);
- 3) Das Muster ist durchgehend an die jeweilige Fallkonstellation anzupassen;
- 4) Voraussetzungen für die Ermessensausübung:
 - a) voraussichtliche Entfernung/Entlassung aus dem Beamtenverhältnis (§ 38 Abs. 1 Satz 1 BDG);
 - b) voraussichtliche Beeinträchtigung des Dienstbetriebs (§ 38 Abs. 1 Satz 2 1. Alternative BDG);
 - c) voraussichtliche Beeinträchtigung der Ermittlungen (§ 38 Abs. 1 Satz 2 2. Alternative BDG);
 - d) voraussichtlicher Verlust der Beamtenrechte kraft Gesetzes infolge einer strafgerichtlichen Verurteilung (§ 41 BBG);
- 5) soweit zutreffend;
- 6) soweit zutreffend, es besteht kein Anspruch auf die Zahlung von weiteren Zulagen u.a. §§ 45 - 47 BBesG;
- 7) alternativ: Anwärterbezüge, Ruhegehalt;
- 8) Begründung für die Einbehaltung und die Höhe des Einbehaltungssatzes, wenn voraussichtlich auf Entfernung/Entlassung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt wird bzw. der Verlust der Beamtenrechte kraft Gesetzes eintritt (§§ 48 BBG, 59 BeamtVG);
- 9) Ausnahmsweise ist das Obergericht zuständig, § 63 Abs. 1 S. 2 BDG;
Vor dem OVG kann der Antrag nur schriftlich eingereicht werden, eine Niederschrift bei der Geschäftsstelle ist unzulässig; Der Text ist insoweit anzupassen;
- 10) Anlage 5 DiszR